Lohnt es sich noch, Geschichte zu studieren?

Die Ministerien fordern eine Sonderausbildung für Gemeinschaftskunde.

Von Fritz Fischer.

Professor Dr. Fritz Fischer, Ordinarius für Mittlere und Neuere Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Zeitgeschichte an der Universität Hamburg, unseren Lesern bekannt durch die Kontroverse über die deutsche Politik im Ersten Weltkrieg, die er durch seine Forschungen ausgelöst hat, nimmt heute Stellung zu dem Dilemma, in das sein Fach durch die mangelnde Koordination zwischen Hochschule und Schule geraten ist.

Peter Wapnewski, Ordinarius für Ältere Germanistik an der FU Berlin, hat in einem vieldiskutierten Artikel in der Zeit (Nr. 34 vom 25. August 1967) auf die Diskrepanz zwischen dem Ausbildungsgang der Germanisten an der Universität und ihrer Lehraufgabe am Gymnasium hingewiesen: Von dem in einem langen Studium aufgenommenen Stoff kommt nur ein Bruchteil im Deutschunterricht zur Anwendung.

Ein solches Missverhältnis läßt sich wohl für alle sogenannten Massenfächer der Philosophischen Fakultät, deren Studenten sich zum grössten Teil auf das höhere Lehramt vorbereiten, aufzeigen. Besonders krass scheint es mir im Studien- und Schulfach Geschichte zu sein. Da es obendrein nach deutscher Schultradition am Gymnasium keinen "Germanisten" oder "Historiker" gibt, sondern jeder zukünftig Studienrat zwei oder sogar drei Fächer (das ist in den einzelnen Bundesländern verschieden) studieren muss, so vergrössert sich die Diskrepanz ganz erheblich.

Einen Abstand zwischen Universität und Schule hat es immer gegeben. Aber in der jetzigen Krise handelt es sich doch um etwas anderes: Der Historiker muss, sobald er in die Lehrtätigkeit eintritt, Dinge unterrichten, für die er schlechterdings, nicht vorgebildet ist. In den beiden letzten Schuljahren (Unter- und Oberprima), in denen das Verständnis 18- bis 20jähriger Schüler für den historischen Unterricht gerade recht einsetzt, gibt es kein Fach Gemeinschaftskunde ersetzt und darin aufgegangen.

Der Zwang zum "Kontaktstudium".

Eine Notiz in der "Welt" vom 18. September 1967 macht darauf aufmerksam, dass in Hessen den ersten hundert Studienräten ein Zertifikat überreicht worden ist über ein erfolgreiches Kontaktstudium, in dem sie sich für den Gemeinschaftskundeunterricht vorbereitet haben. Zweifellos ist solch ein "Kontaktstudium" eine nützliche Einrichtung, damit der Studienrat die Qualifikation für das neue Fach (das immerhin schon sieben Jahre existiert) erwerben kann. Soweit es ein Beispiel gibt für wissenschaftliche Lehrerfortbildung, ist es zu begrüssen. Aber ist es auch der rationellste Weg, wenn man bedenkt, dass ein Lehrer nach fünf- bis sechsjährigem Studium und dem Ersten Staatsexamen, nach zweijähriger Referendaraus- bildung und dem Zweiten Staatsexamen ein Zusatzstudium

absolvieren muss, um für den Beruf des Bemänschaftskundelehrers vorbereitet zu werden, während für das Fach Geschichte, in dem er so lange ausgebildet wurde, immer weniger Platz im Gymnasium bleibt? (In Hessen und einigen anderen Bundesländern kann auch der reine Philologe oder ein Naturwissenschaftler sich durch das Zusatzstudium für das neue Fach qualifizieren; doch üblicherweise wird seine Durchführung dem Geschichtslehrer übertragen.)

Wenn diese Zusatzausbildung von den vor 1960 ausgebildeten Geschichtslehrern verlangt worden ist - nach Einführung des Faches Gemeinschaftskunde und nach einer fundamentalen Verlagerung des Schwergewichts des verbleibenden Geschichtsunterrichts auf die neuere und neueste Zeit - und ihnen grosse Opfer an Zeit und Kraft auferlegt hat, so war das sicherlich unumgänglich; auch noch für die ersten Jahre des Experimentierens liess es sich wohl nicht vermeiden. Inzwischen aber steht fest, dass die Kultusverwaltungen sämtlicher deutschen Länder (wenn auch mit abgestufter Intensität) entgegen vielfältigen Bedenken in den Universitäten und bei manchen Berufsverbänden auf dieser Neuregelung beharren. Wenn Schule und Universität sich trotzdem nicht zu einer Überwindung der beschriebenen Diskrepanz zusammenfinden und die rechtlich abgeschlossene Berufsausbildung des Geschichtslehrers weiterhin nur scheinbar abgeschlossen bleibt, so erscheint das als eine Verschwendung von Zeit, Geld und Kraft, und am Ende als eine Diskriminierung des Studenten und zukünftigen Studienrats, ein Herd für Verwirrung und innere Unsicherheit. Können sich bei den unzureichenden Mitteln für Ausbildung und Wissenschaft und bei dem oft beklagten Lehrermangel Staat und Gesellschaft eine solche Fehlinvestition leisten? Unablässig wird über Hochschulreform geschrieben und verhandelt; die zugrunde liegenden tieferen Konflikte bleiben unausgesprochen. Auf dem Rücken der Studenten und Lehrer spielt sich heute der Kampf zweier einander entgegengesetzter kultur- und bildungspolitischer Vorstellungen ab. Wie ist es zu dieser Misere gekommen?

Die akademische Tradition.

Betrachten wir zunächst das traditionelle Geschichtsstudium an der Universität, das nach 1945 wieder aufgenommen wurde, als wäre nichts geschehen. Nach der geltenden Hamburger Studienordnung ist eine Dreiteilung des Faches vorgesehen, wie sie sich im frühen 19. Jahrhundert entwickelt hat und inzwischen also über hundert Jahre alt ist: Alte Geschichte, das heisst griechisch-römische (an den Lateinschulen bis 1800 fast ausschliesslich Stoff für den Geschichtsunterricht), Mittlere Geschichte, das heisst mittelalterliche (in der Romantik besonders zu Ehren gekommen und dann zeitweise vorwiegend betrieben) und Neuere Geschichte das heisst die Geschichte seit der Renaissance, der Reformation, dem Zeitalter der Entdeckungen (anfangs bis zur Französischen Revolution, dann bis zur Bismarckzeit, heute unter dem Namen Zeitgeschichte bis zur jüngsten Gegenwart fortgeführt).

Dieser traditionellen Gliederung entspricht die Dreiteilung des mündlichen Staatsexamens in alte, mittlere und neuere Geschichte.

Die Examensarbeiten, für die vier Monate zur Verfügung stehen, werden etwa zur Hälfte aus dem Bereich der mittelalterlichen und aus dem neueren, selten aus dem der alten Geschichte gewählt.

Diese Prüfungsregelung ist ebenso übersichtlich wie starr. Die im Geschichtsstudium erfassten 3000 Jahre vorwiegend europäischer oder doch europazentrierter Geschichte vom Trojanischen Krieg bis heute mag man sich schematisch mit etwa 1500 Jahren alter, 1000 Jahren mittlerer und 500 Jahren neuerer Geschichte wohlproportioniert aufgeteilt denken.

In Wirklichkeit hat sich in der Neuzeit infolge der Ausbreitung der europäischen Kultur über die Erde, der Ver selbständigung der amerikanischen und der osteuropäischen Welt, der Emanzipation Afrikas und Asiens der Schauplatz der Geschichte und damit das Objekt des Historikers ins Globale erweitert.

Zugleich, und das ist noch wichtiger, hat sich die Überlieferung im staatlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich in den Neuzeit unendlich vervielfältigt. Hinzu kommt, dass das Interesse unserer Gegenwart zunehmend auf ihre nähere Vorgeschichte ausgerichtet ist und dass sich dadurch das Gewicht der Geschichtsforschung immer stärker auf die "Neueste Zeit" verlagert.

Wie klein und temporär nehmen sich die zwölf Jahre Adolf Hitlers innerhalb der grosszügigen Periodisierung in alte mittlere und neuere Geschichte aus, und wie bedeutsam sind sie als realer, Veränderungen schaffender Faktor für unsere Welt und für unser Bewusstsein.

Und vergessen wir nicht, dass für den Neuhistoriker täglich "Geschichte" wächst! Man denke nur an die Entwicklungen seit Ende des Zweiten Weltkrieges: an die neu entstandenen Staaten, an die Kriege, die der koloniale Emanzipationsprozess auslöste, an den Aufstieg Chinas.

Radikale Neuerung in der Schule.

Und der Geschichtsunterricht in der Schule?

In radikaler Abkehr von jener Gleichgewichtigkeit der drei traditionellen Geschichtsepochen in der Universitätsausbildung wurde hier seit 1960 der Schwerpunkt eindeutig auf die neue und neueste Zeit gelegt. Von sieben Jahren Geschichtsunterricht bleiben zweieinhalb Jahre der alten und mittleren Geschichte und dies vornehmlich in den jüngsten Alterstufen, viereinhalb der neueren und neuesten, davon drei Jahre ergänzt durch Sozialkunde oder mit ihr in einem neuen Fach verbunden.

In den vier Jahren der gymnasialen Mittelstufe (7. bis 10. Schuljahr) findet ein der Chronologie folgender Durchgang durch die Geschichte statt, aufgeteilt in alte Geschichte (bis 900 n. Chr.) für die Dreizehnjährigen, mittlere (bis 1648) für die Vierzehnjährigen, neuere (bis 1870) für die Fünfzehnjährigen und neueste (bis zur Gegenwart) für die Sechzehnjährigen. In diesem Jahr, dem letzten Schuljahr für einen Teil der Gymnasiasten (mittlere Reife), tritt neben den Geschichtsunterricht das Fach Sozialkunde, das sich den politisch-sozialen und wirtschaftlichen Gegenwartsfragen widmet.

In den drei Jahren der Obersstufe wird lediglich im ersten Jahr (11. Schuljahr) Geschichtsunterricht erteilt. Statt der Vermittlung historischer Fakten soll der Schüler jetzt an die Probleme der Geschichte herangeführt werden an Hand exemplarischer Behandlung je eines Themas aus verschiedenen Epochen und so der Übergang geschaffen werden für den Gemeinschaftskundeunterricht in der Unter- und Oberprima (dem 12. und 13. Schuljahr).

Die Gemeinschaftskunde schliesst die Geschichte von 1789 bis 1945 im ersten Jahr, die von 1945 bis zur Gegenwart im zweiten Jahr ein; doch sollte sie sich grundsätzlich von der für die traditionelle Geschichtsbetrachtung konstitutiven chronologischen Folge lösen und die Geschichte als Grundlage für die Thematik des gegenwärtigen politisch-sozialen Lebens im eigenen Staat - der Bundesrepublik - in Europa und der Welt heranziehen. Soziologie, Wirtschaft, Recht, Verwaltung, politische Institutionen und politische Praxis werden systematisch behandelt.

Was war das Motiv für diese tiefgreifende Neuerung? Ein Kultusminister hat es offen ausgesprochen: Die Geschichte als Bildungsfach gehöre dem 19. Jahrhundert an, was wir brauchen, sei Geschichte als politisches Fach.

Es ist das Trauma der nationalsozialistischen Diktatur, deren Wiederkehr durch politische Erziehung unmöglich gemacht werden soll; und es ist das Bedürfnis der Bundesrepublik (die kein Nationalstaat im Sinn des Bismarck - Reiches und des Weimarer Staates mehr ist), sich als ein Teil des Westens zu verstehen und dazu die der deutschen Tradition fremde oder in ihr unsicher verankerte parlamentarische Demokratie mit Hilfe der neu (oder wieder) entwickelten Wissenschaft von der Politik dem Bewusstsein einer neuen Generation einzuprägen. (Dass die Demokratie dabei nicht selten lediglich als Antikommunismus verstanden wurde, ergab sich aus der Situation des kalten Krieges.) Das Ziel der Gemeinschaftskunde ist es - und darin knüpft sie an das Schulfach "Staatsbürgerkunde" in der Weimarer Republik an - "den verantwortlich mitdenkenden und mit-tätigen Staatsbürger" zu formen, der zugleich sich in die moderne Industrie- und Leistungsgesellschaft hineinfinden soll.

Für diese Aufgabe nun ist das herkömmliche Fach Geschichte nicht geeignet. Es war an Burke, nicht an Hegel, Marx und Max Weber orientiert; das Vergangene war Vergangenheit, der Brückenschlag zur Gegenwart galt als unhistorisch, jede Epoche war "unmittelbar zu Gott" und nicht nur Vorstufe auf die Gegenwart hin.

Gewiss bezieht eine moderne Geschichtswissenschaft ökonomische und soziologische Gesichtspunkte in ihre Arbeit ein (und dies wird auch im Schulunterricht tun müssen), wodurch das Hauptargument gegen die "rückständige" Geschichte als eine einseitig diplomatisch oder biographisch-geistes-geschichtlich ausgerichtete Disziplin hinfällig würde. Trotzdem kann auch ein auf solchen Grundlagen aufgebauter und bis an die Gegenwart herangeführter Geschichtsunterricht das Fach Gemeinschaftskunde nicht ersetzen. Die Geschichte wird sich nach der gegenwärtigen Bildungspolitik in der Schule mit einem bescheideneren Platz als früher begnügen müssen.

Isolation oder Koordination.

Was aber wird aus dem Studenten der Geschichte? Wird er weiterhin erst nach der Studien und Prüfungsordnung studieren (die die gleichen Ministerien erlassen oder gutheissen, die die Schule konträr anders orientieren!) und dann ein Zweit- oder richtiger ein Drittstudium auf sich nehmen, um in der Schule, vor allem in den höheren Klassen unterrichten zu dürfen und zu können? Schmalspurstudium in einem halben Dutzend zusätzlicher Fächer? Und wann soll das in einem vierjährigen Studium geschehen? (Dass der Student überwiegend fünf bis sechs Jahre dazu braucht, liegt nicht an Faulheit oder Dummheit, auch nicht an mangelnder Beratung oder zu wenig Vorschriften - es liegt an der Masse des Stoffes in den ihm vorgeschriebenen zwei Studienfächern!)

Würde es ausreichen, wenn der Student der Geschichte etwa statt seines bisherigen Philosophikums und Pädagogikums (Prüfungen, die er neben seinen beiden Hauptfächern ablegen muss) ein Grundstudium in Politologie oder Soziologie absolvierte? Wohl kaum!

Würde es genügen, wenn der Geschichtsstudent zwischen alter und mittlerer Geschichte wählen dürfte oder wenn, wie an der FU in Berlin, alte Geschichte generell fortfiere? Die wissenschaftliche Tradition begründet die Unerlässlichkeit der Beschäftigung mit alter und mittlerer Geschichte vor allem mit ihrem nicht zu ersetzendem Wert für die Ausbildung des Historikers in der historisch-philologischen Methode; abgesehen davon, dass diese Methode heute allein nicht mehr ausreicht, so würde doch der Umgang mit den Quellen des einen oder anderen der beiden Gebiete genügen.

So wünschenswert es bleibt, dass der Geschichtsstudent Wissen und Verständnis in alter und mittlerer Geschichte erwirbt, sollte dem Studenten nicht doch, eben von seiner späteren Lehraufgabe her, eine Schwerpunktbildung erlaubt, ja nahegelegt werden?

Der gegebene Weg wäre es, die Ausbildung des Gemeinschaftskundelehrers ganz an die Universität zu verlegen, so dass ein nachträgliches Zusatzstudium überflüssig wird. Um dieses Ziel zu erreichen, wäre es das beste, die Ehe zwischen Geschichte und Philologie aufzulösen, die durch die Fächerkombination des zukünftigen Studienrats die Regel ist. Tatsächlich haben die Sprachen für den Historiker in erster Linie Bedeutung als Hilfsmittel, und je mehr er davon beherrscht, desto besser.

Gewiss erleichtert der intensive Umgang mit einer Sprache den Zugang zur Kultur einer Nation; doch muss betont werden, dass die Beherrschung der Sprachen dem Historiker seine primäre Aufgabe; die Klärung von ökonomischen und politischen Sachproblemen der Vergangenheit, nicht abnehmen kann. Hinzu kommt, dass die in früheren Jahrzehnten weitgehend parallel laufenden Methoden der Philologen und Historiker sich auseinanderentwickelt haben. Die Konzentration auf die philologisch-kritische Methode reicht für die Arbeit des Historikers heute nicht mehr aus. Da er sich mit statistischen, soziologischen, wirtschaftlichen und verfassungsrechtlichen Problemen in hohem Masse zu beschäftigen hat,

wäre es sinnvoller, die Geschichte mit der Fächerkombination "Sozialwissenschaften" zu verbinden.

Diese für die heutigen Erfordernisse des Gymnasiums günstigste Kombination ist bisher nicht zugelassen worden, und zwar nicht aus sachgebundenen, sondern aus schulorganisatorischen Überlegungen: Klassenlehrer kann nur sein, wer mehr als zwei Wochenstunden in einer Klasse und in mindestens einem Fach, das schriftliche Arbeiten vorschreibt unterrichtet. Das ist bei dieser Kombination nicht der Fall. Dieser Grund ist meines Erachtens nicht schwerwiegend genug, eine als notwendig erkannte Fächerkombination auszuschließen.

Die Gefahr der Ideologieschulung.

Für alle Schulfächer ist eine akademische Ausbildung erforderlich. Warum soll für ein als so wichtig angesehenes Fach, dem man in den beiden obersten Klassen je fünf Wochenstunden zubilligt, diese Voraussetzung nicht gelten?

Nach der Praxis einiger Bundesländer soll jeder Studienrat, gleich welcher Fachrichtung, in der Lage sein, im Fach Gemeinschaftskunde zu unterrichten, wenn er entsprechende Zusatzkurse absolviert hat. Selbst wenn einzelne Lehrer dabei gute Ergebnisse im Unterricht erreichen mögen, so muss dies doch im allgemeinen zum Dilettantismus führen.

Wo bleibt die alte pädagogische Weisheit, dass der Lehrer mehr wissen sollte, als er seinen Schülern gerade beibringt, wenn er ohne zureichende wissenschaftliche Grundausbildung sich allein auf das ihm gelieferte Informationsmaterial, die Unterrichtshilfen der Behörden und Ministerien angewiesen sieht?

Die damit verbundene Gefahr einer Indokration ist um so grösser, je geringer der kritische Abstand ist, den der Unterrichtende bei mangelnder Ausbildung dem Stoff gegenüber aufzubringen vermag. Sollte man dieser Gefahr nicht dadurch begegnen, dass man den zukünftigen Lehrer an der Universität die Fächerkombination Geschichte und Sozialwissenschaften studieren lässt?

Für die Durchführung des Schulunterrichts selbst würde ich nach wie vor auch für die Unter- und Oberprima Trennung von Geschichtsunterricht (mit starker Betonung der wirtschaftlichen, sozialen, verfassungsrechtlichen Faktoren und durchgeführt bis zur Gegenwart) und Sozialkunde (oder wie man es nennen mag) vorziehen, weil die beiden Fächer von zwei verschiedenen Betrachtungsweisen ausgehen, methodisch verschieden arbeiten und auch verschiedene Ziele anstreben, selbst wenn sie sich am Ende sinnvoll ergänzen. Denn während die Sozialwissenschaften auf die aktive Gestaltung des Gemeinwesens in seinen inneren und äusseren Beziehungen ausgerichtet und dabei an Modellen orientiert sind, öffnet die Geschichte den Blick für Entwicklungen, für den dauernden Wechsel und für die jeweiligen Bedingungen, unter denen Menschen lebten und handelten.

Geschichte ist nicht nur eine Bereicherung und Ausweitung des menschlichen Bewusstseins, sondern sie schafft auch für Urteile und Entscheidungen in der Gegenwart die nötige innere Distanz.